



Peter Meiwald

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

GroKo-Märchen vom Genpflanzen-Verbot

Berlin, 23.05.2014

Peter Meiwald, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040

Fax: +49 30 227-780

Email : peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Postanschrift:

Alter Postweg 25

26215 Wiefelstede

Telefon: +49 170 1824871

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Merkel und ihre Koalition versuchen unmittelbar vor der Europawahl, ihren mangelhaften Schmalspur-Antrag dreist als einen Gentechnik-Ausstieg zu verkaufen und die Öffentlichkeit zu täuschen. So stimmten gestern die kompletten Fraktionen von CDU/CSU und SPD gegen den auf die wesentlichen Punkte abzielenden Antrag der Opposition für echte Gentechnikfreiheit in Europa.

Da aber auch die Großkoalitionäre wissen, dass die Bevölkerung keine grüne Gentechnik auf Europas Äckern will, hatten sie eiligst einen Scheinlösungsantrag zusammengeschrieben, um sich als wackere Kämpfer gegen die Gentechnik zu inszenieren.

Der Umweltpolitische Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion, Peter Meiwald, warnt deshalb eindringlich: „Gen-Pflanzen stellen eine Gefahr für das ökologische Gleichgewicht und die menschliche Gesundheit dar. Es kommt zu einem höheren Pestizidverbrauch, Nützlinge werden vernichtet, traditionelle Pflanzenarten werden großflächig verdrängt und unsere Artenvielfalt hochgradig gefährdet.“

Was die Koalitionsfraktionen jetzt im Bundestag beschlossen haben, ist der Anfang vom Ende der Gentechnikfreiheit in Europa und entspricht exakt einem Strategiepapier der Gentechnik-Lobby, das uns vorliegt (siehe Anhang). Die vorgeschlagenen neuen EU-Regelungen, die jetzt offiziell auch die deutsche Regierungskoalition unterstützt, werden zwangsläufig viel mehr Gentech-Zulassungen bringen. Denn, so der Plan von Monsanto und Co.: Wer im eigenen Land eine Gentech-Pflanze verbieten will, muss sich vorher mit dem betroffenen Gentech-Unternehmen einigen. Der Preis wird ein Ja zu weiteren europaweiten Zulassungen für Gentech-Pflanzen sein. Die Industrie will um jeden Preis den „Zulassungsstau“ von Gentech-Pflanzen in der EU auflösen. Dafür ist sie gerne zu dem kleinen Schein-Zugeständnis nationaler Ausnahmeregelungen bereit, auch weil sie weiß, dass diese durch Ausbreitung durch Wind und Bienen nicht lange halten werden. Die



bekennende Gentechfreundin Merkel macht sich zur willigen Lobby-Erfüllungsgehilfin und ist dafür bereit, die Bürgerinnen und Bürger zu täuschen.

CSU und SPD, die zumindest in ihren Sonntagsreden etwas gentechnikkritischeren Koalitionspartner, versuchen notgedrungen, den zahnlosen Koalitionsantrag wahlweise als großen Erfolg für Bayern beziehungsweise ganz lyrisch als „sozialdemokratische Interpretation des Koalitionsvertrages“ zu verkaufen. Das ist allerdings nach der gerade erst aktiv unterstützten Zulassung für Genmais 1507 und Genhonig mehr als unglaublich. Außerdem ignorieren Union und SPD den dringenden Handlungsbedarf, nämlich die Vorbereitung eines Anbauverbots schon nach geltendem Recht für den Genmais 1507. Beispiel dafür, wie das gehen kann, ist der einzige bereits zugelassene Genmais MON810. Seit 2009 nachgewiesen wurde, dass er Marienkäfern gefährlich werden kann, darf er auf deutschen Äckern nicht mehr angebaut werden.

Wer echte Gentechnikfreiheit in Deutschland will, muss sie für ganz Europa durchsetzen. Vor der Frage nationaler Anbauverbote (OptOut) muss daher das Problem der mangelhaften Zulassungsverfahren geklärt werden. Außerdem brauchen wir endlich wirksame Schutzvorgaben gegen gentechnische Verunreinigungen. Die Chancen dafür stehen so gut wie nie, die Bundesregierung müsste sich allerdings in Brüssel entschlossen dafür einsetzen.